

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

politisches

# Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

## November 94

03.11.1949

Vor 45 Jahren: Adenauer plädiert für deutsch-französische Verständigung

09.11.1989

Vor 5 Jahren: Polen und der Fall der Mauer

11.11.1949

Vor 45 Jahren: Der erste Staatsgast der Bundesrepublik

13.11.1991

Vor 3 Jahren: Mehr deutsche Abgeordnete nach Straßburg

21.11.1991

Vor 3 Jahren: Rußlands Präsident erstmals in Bonn

22.11.1949

Vor 45 Jahren: „Petersberger Abkommen“

22.11.1954

Vor 40 Jahren: Sprengung der Reichstagskuppel

28.11.1989

Vor 5 Jahren: Kohls Zehn-Punkte-Programm

30.11.1984

Vor 10 Jahren: Abbau des letzten „Todesautomaten“

## Adenauer plädiert für deutsch-französische Verständigung

**A**m 3. November 1949 - heute vor 45 Jahren - erscheint in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ ein Interview mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem dieser sich grundlegend zu seiner Politik gegenüber dem französischen Nachbarn äußert. Aktueller Hintergrund für Adenauers Vorstoß ist die Debatte über die Zukunft des Ruhrgebiets; dahinter steht die noch viel wichtigere Frage nach der baldigen Einstellung der alliierten Demontagepolitik. Während der erst seit sechs Wochen amtierende erste Nachkriegskanzler auf Seiten der USA eine große Bereitschaft sieht, beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des westdeutschen Teilstaats behilflich zu sein, beurteilt er die Haltung Großbritanniens und insbesondere Frankreichs weitaus skeptischer. Sein „Zeit“-Interview ist deshalb durchaus im Kontext der Tagespolitik zu verstehen - aber hinter dem taktischen Ziel steht unverkennbar das ernsthafte Bemühen, im Verhältnis zu Frankreich einen wirklichen Neuanfang zu wagen. Im Grunde verkündet Adenauer heute vor 45 Jahren bereits sein komplettes Programm für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen - und er wird diesem Eckstein seiner Politik bis zum Ende treu bleiben: „... im heutigen Stadium Europas sind „Erbfeindschaften“ völlig unzeitgemäß geworden. Ich bin daher entschlossen, die deutsch-französischen Beziehungen zu einem Angelpunkt meiner Politik zu machen. Ein Bundeskanzler muß zugleich guter Deutscher und guter Europäer sein. Weil ich beides zu sein wünsche, muß ich eine deutsch-französische Verständigung anstreben ...“

Dieses politische Glaubensbekenntnis, das auf den Erfahrungen einer konfliktgeladenen Geschichte beruht und die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat, verbindet Adenauer mit der europäischen Perspektive: „... besonders die jüngere Generation bei uns, wie übrigens auch bei anderen Völkern, hat die Notwendigkeit einer europäischen Einigung mit erfreulicher Klarheit erfaßt. Gerade die jungen Deutschen wissen, daß diese Einigung unmöglich ist, wenn Frankreich und Deutschland sich nicht verstehen ...“

Das ist in wenigen Worten die Maxime der deutschen Frankreich- und Europa-Politik - von Konrad Adenauer und der Vierten Republik bis zu Helmut Kohl und Francois Mitterrand. So einfach kann Politik sein und so schmucklos kann sie formuliert werden - ihrer Wirksamkeit und ihrem Erfolg hat es keinen Abbruch getan. Seit Adenauers Plädoyer für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland - heute vor 45 Jahren - hat sich die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einer der wichtigsten Konstanten der europäischen Politik entwickelt und stets aufs neue als Motor der Einigung Europas erwiesen.

## Polen und der Fall der Mauer

In den Mittagsstunden des 9. November 1989 - heute vor fünf Jahren - bricht Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem mehrtägigen Staatsbesuch nach Polen auf. Die Reise ist schon im Vorfeld als „historisch“ eingestuft worden - denn in Warschau amtiert seit der letzten Augustwoche mit Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Ministerpräsident in einem Land des Warschauer Pakts. Am Tag vor seiner Abreise hat Kohl im Bundestag erklärt: „Die Zeit ist reif für eine Verständigung, ja, für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern.“

Schon in seiner allerersten Regierungserklärung im Oktober 1982 hat Kohl die Aussöhnung mit Polen neben der mit Israel und Frankreich als eines der wichtigsten Ziele seiner Außenpolitik bezeichnet. Nun, angesichts des Umbruchs im gesamten Ostblock, scheint dieses Ziel in greifbare Nähe zu rücken - und ausgerechnet in diesem Augenblick geschehen in der DDR Dinge, die eigentlich unbedingte Präsenz in Bonn verlangen. Die Flut der Übersiedler in die Bundesrepublik wächst und wächst - allein am Tag vor Kohls Abreise sind mehr als 11.000 Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Aber die Rücksicht auf die Gefühle der polnischen Gastgeber und die Gewißheit, daß von diesem lange vorbereiteten Besuch sehr viel abhängt für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, geben den Ausschlag dafür, die Reise nach Warschau anzutreten.

Dort platzt am Abend des 9. November - kurz vor den offiziellen Tischreden beim Essen im Palais Radzivil - die politische Bombe der Nachkriegsgeschichte: In Berlin ist soeben die Mauer gefallen. Mitten in Deutschland kündigt sich ein welthistorischer Umbruch an. In dieser Lage entscheidet der Bundeskanzler, seinen Besuch in Polen für 24 Stunden zu unterbrechen: er fliegt über Hamburg nach Berlin, wo er am 10. November abends auf zwei Kundgebungen spricht, leitet am 11. morgens eine Sondersitzung des Kabinetts in Bonn und telefoniert während der wenigen Stunden auf deutschem Boden mit allen wichtigen politischen Führern in Washington, Moskau, Paris und London. Seine Botschaft ist immer die gleiche: die Bundesregierung wird sich der neuen Lage mit Augenmaß stellen; die Menschen in der DDR müssen jetzt selbst entscheiden dürfen, was sie wollen; an der europäischen Perspektive der Bundesrepublik wird sich auch künftig nichts ändern.

Am Nachmittag des 11. November geht es für drei Tage wieder zurück nach Polen, wo es gelingt, das Fundament für eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu legen. Genau ein Jahr später, am 14. November 1990, wird in Warschau der deutsch-polnische Grenzvertrag, im Juni 1991 in Bonn der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ unterzeichnet. Und erst vor ein paar Wochen, am 1. August 1994, hat Bundespräsident Roman Herzog beim Gedenken für die Opfer des Aufstands vom November 1944 in Warschau den Satz gesprochen: „Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“

## Der erste Staatsgast der Bundesrepublik

**A**m 11. November 1949 - heute vor 45 Jahren - verzeichnet die Bundesrepublik Deutschland ihren ersten ausländischen Staatsgast. Der westdeutsche Teilstaat ist eben erst ins Leben getreten; die Bundesregierung amtiert seit kaum zwei Monaten und sie hat nach dem geltenden Besatzungsstatut nicht einmal das Recht, von sich aus Kontakt zu auswärtigen Mächten aufzunehmen. Wenn Bundeskanzler Konrad Adenauer mit den westlichen Hauptstädten in Kommunikation treten möchte, muß er sich deshalb zunächst an die alliierten Hohen Kommissare wenden, die schräg gegenüber von Bonn auf dem Petersberg residieren und zu diesem Zeitpunkt die eigentliche „Macht am Rhein“ darstellen.

Der Besucher, der an diesem Novembertag des Jahres 1949 auf dem ziemlich trostlosen Bonner Bahnhof dem ehemaligen Salonwagen des „Reichsmarschalls“ Göring entsteigt, braucht allerdings keine Vermittlung seitens der Hohen Kommissare: es ist der amerikanische Außenminister Dean Acheson. Der Nachfolger von George C. Marshall als Chef der US-Diplomatie ist entschlossen, den Kurs seines berühmten Vorgängers fortzusetzen. Das heißt: Wiederaufbauhilfe für das wirtschaftlich immer noch darniederliegende Westdeutschland und allmähliche Einbindung der Bundesrepublik in die Allianz der westlichen Demokratien. Acheson kommt von von einer Konferenz mit seinem britischen und französischen Amtskollegen in Paris und trifft in Bonn auf einen deutschen Kanzler, dessen Vorstellungen weitgehend deckungsgleich mit denen der Amerikaner sind: Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Europa, Verständigung und Zusammenarbeit mit Frankreich, gemeinsamer Widerstand des Westens gegen die sowjetische Bedrohung. Acheson nimmt einen sehr positiven Eindruck von Adenauer mit nach Hause; dieser darf sich zu seiner Premiere als Außenpolitiker gratulieren. Denn von nun an gilt der Bundeskanzler in Washington als verlässlicher Bundesgenosse, der mit seiner Person dafür garantiert, daß die USA bei ihren Bemühungen um die Stabilisierung und die Verteidigung der Freiheit Westeuropas zumindest in Bonn einen Partner haben, der mit ihnen auf einer Wellenlänge liegt.

Die Wertschätzung wird schon beim Abschied deutlich. Der Wagen, in dem Adenauer seinen Gast zum Bonner Bahnhof begleitet, fährt direkt neben den wartenden Sonderzug. Angesichts der großen Menschenmenge, die sich auf dem Vorplatz versammelt hat, um einen leibhaftigen amerikanischen Außenminister zu sehen, geht Acheson zusammen mit Adenauer zu Fuß zurück und nimmt gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler ein triumphales „Bad in der Menge“.

## Mehr deutsche Abgeordnete nach Straßburg

**A**m 13. November 1991 - heute vor drei Jahren - beschließen die EG-Außenminister auf ihrer Klausurtagung im holländischen Noordwijk, die Zahl der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament von 81 auf 99 zu erhöhen. Hiermit tragen sie sowohl einem Wunsch der Bundesregierung als auch einem Entschließungsantrag des Straßburger Parlaments Rechnung. Hintergrund ist die Tatsache, daß Deutschland als Folge der Wiedervereinigung mit 81 Abgeordneten (ebenso viele wie Frankreich, Großbritannien und Italien) schlicht unterrepräsentiert ist; zwar gibt es seit Oktober 1990 in Straßburg neben den 81 westdeutschen Abgeordneten auch 18 Vertreter aus den neuen Ländern, aber sie haben eben nur einen gehobenen Beobachterstatus.

Mit der Einigung der Außenminister heute vor drei Jahren ist das Thema jedoch nicht vom Tisch; das hier und dort noch vorhandene Unbehagen angesichts des größer gewordenen Deutschlands mischt sich mit ganz handfesten nationalen Interessen - sozusagen also eine klassische Konstellation im mühsamen Ringen der zwölf Regierungen um Fortschritte bei der weiteren Integration Europas. Frankreich ist zum Beispiel alarmiert über die Parlamentsneubauten in Brüssel und wünscht eine Art Garantie dafür, daß das Plenum des Europäischen Parlaments auch künftig in Straßburg tagt (die Ausschüsse tagen in Brüssel, die Parlamentsverwaltung hat ihren Sitz in Luxemburg). Was liegt da näher, als mit Bonn einen Interessenausgleich „über Bande“ anzustreben? - Also den Plenarsitz in Straßburg gegen eine angemessene Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten? - So geschieht es, und nach der Entscheidung des Edinburgher EG-Gipfels für Straßburg Ende 1992 ist auch der Weg frei für den „Änderungsvertrag zur Direktwahlakte“, der von allen zwölf nationalen Parlamenten ratifiziert werden muß. Diese Prozedur wird erfreulicherweise noch rechtzeitig vor der Europawahl im Juni dieses Jahres abgeschlossen, so daß die Deutschen seit Juli nunmehr tatsächlich mit 99 Abgeordneten im EP vertreten sind - im Zuge einiger weiterer kleiner Korrekturen haben Frankreich, Großbritannien und Italien jetzt 87 statt 81 Sitze, Spanien 64 (60), die Niederlande 31 (25) usw., so daß sich die Gesamtzahl der Abgeordneten von 518 auf 567 erhöht hat. Sie vertreten rund 345 Millionen Menschen; ein Europa-Abgeordneter aus der Bundesrepublik vertritt derzeit im Schnitt etwa eine Dreiviertelmillion Bürger.

Neuer Präsident des Europäischen Parlaments ist seit dem 19. Juli 1994 der Abgeordnete Klaus Hänsch (SPD); er hat das Amt von Egon Klepsch (CDU) übernommen. Auf diese Weise ist es beim turnusgemäßen Wechsel im Präsidentenamt zwischen den Fraktionen der Christdemokraten und der Sozialisten erstmals dazu gekommen, daß zwei Parlamentspräsidenten gleicher Nationalität aufeinander folgen. Im Augenblick stehen die europäischen Institutionen somit ganz im Zeichen der Deutschen; denn die EG-Ratspräsidentschaft liegt seit dem 1. Juli 1994 für sechs Monate in den Händen von Bundeskanzler Helmut Kohl.

## Rußlands Präsident erstmals in Bonn

**A**m 21. November 1991 - heute vor drei Jahren - trifft der russische Präsident Boris Jelzin zu einem Besuch in Bonn ein. Es ist Jelzins erste Visite auf deutschem Boden als Präsident Rußlands, und er darf sich der gespannten Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sicher sein. Genau drei Monate nach dem Scheitern des von Altkommunisten inszenierten Putschversuchs gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow kommt Jelzin mit dem noch frischen Ruhm jenes Mannes nach Deutschland, an dessen persönlichem Mut vor allem der Staatsstreich der Ewig-Gestrigen in Moskau gescheitert ist.

Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßt in Bonn einen Politiker, der einen kometenhaften Aufstieg hinter sich hat. Nach Gorbatschows Amtsantritt als KPdSU-Generalsekretär zunächst einer von dessen entschiedensten Anhängern, verliert er 1987 alle wichtigen Ämter und scheint politisch erledigt; zwei Jahre später wird er jedoch in den Kongreß der Volksdeputierten gewählt und tritt 1990 als Parlamentspräsident an die Spitze des Obersten Sowjets der Russischen Republik. Er verläßt die KPdSU, wird im Juni 1991 in demokratischen Wahlen zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt und einen Monat darauf im Kreml als Präsident Rußlands vereidigt. Damit beginnt - erst schleichend, dann immer dramatischer - eine Art Doppelherrschaft: während Gorbatschow scheinbar noch Weltpolitik macht, steigt Jelzin zum starken Mann der sowjetischen Innenpolitik auf. Nach dem gescheiterten Putsch vom August neigt sich die Waage im innenpolitischen Machtkampf endgültig zugunsten des russischen Präsidenten, der sich zudem - im Unterschied zu Gorbatschow - auf seine demokratische Legitimation berufen kann. Kurz vor seinem Besuch in Bonn hat Jelzin die KPdSU in Rußland endgültig verboten; im Dezember scheitern die Versuche Gorbatschows, die alten Strukturen der UdSSR so zu reformieren, daß daraus ein Staatensystem nach Art einer Konföderation wird. Die von Jelzin angeführten Präsidenten der einzelnen Republiken beharren auf ihrer neuen Machtfülle; neben dem Wunsch, mit den alten Verhältnissen radikal Schluß zu machen, geht es dabei sicherlich auch um eine persönliche Abrechnung mit Gorbatschow.

Jedenfalls wird die Welt Zeuge, wie eine Supermacht buchstäblich verfällt; zum Jahresende 1991 hört die UdSSR auf zu existieren. - Kanzler Kohl ist deshalb gut beraten, sich bereits im November um direkten Kontakt zu Jelzin zu bemühen. Immerhin steht auch die Zukunft der sowjetischen Atomwaffen auf der Tagesordnung, und es gilt klarzustellen, daß Rußland im Zweifel für die enormen Auslandsschulden der Sowjetunion einzustehen hat. Tatsächlich gelingt es dem Bundeskanzler auf Anhieb, zum russischen Präsidenten ein enges und vertrauensvolles Verhältnis herzustellen; es hat alle Fährnisse und Unwetter der vergangenen Jahre überstanden und entscheidend dazu beigetragen, daß zwischen Bonn und Moskau heute bessere Beziehungen bestehen als zu irgendeinem Zeitpunkt in diesem Jahrhundert.

## „Petersberger Abkommen“

Am 22. November 1949 - heute vor 45 Jahren - schließt Bundeskanzler Konrad Adenauer mit den drei westalliierten Hohen Kommissaren das „Petersberger Abkommen“. Die Vereinbarung ist ein Kompromiß. Adenauer erreicht, daß die Bundesrepublik im Ausland Konsular- und Handelsvertretungen einrichten darf und daß die Westdeutschen wieder Hochseeschiffe bauen dürfen (allerdings nur mit zwölf Knoten Höchstgeschwindigkeit); vor allem aber erreicht er Fortschritte in der leidigen Demontagefrage: wichtige Betriebe der Chemie- und der Stahlindustrie bleiben erhalten, in Berlin werden die Demontagen gänzlich eingestellt. Dafür erklärt Adenauer im Gegenzug den Beitritt der Bundesrepublik zur sog. Ruhrbehörde, einem internationalen Organ zur Kontrolle der deutschen Ruhrindustrie. Insbesondere dieser Punkt ist innenpolitisch höchst umstritten, da die Deutschen bislang bezüglich der Ruhrbehörde eine Politik des „leeren Stuhls“ betrieben haben. Zudem hat Adenauer das Petersberger Abkommen gewissermaßen im Alleingang ausgehandelt und Parlament und Öffentlichkeit anschließend vor vollendete Tatsachen gestellt - eine Neigung, der er auch künftig gern und häufig nachgeben wird. Andererseits ist das Abkommen aber auch der erste internationale Vertrag, den die Bundesregierung schließt; ein bescheidener Schritt in Richtung Souveränität ist ebenso unverkennbar wie die auf Westorientierung zielende Tendenz des Vertragswerks. - Tatsächlich erweist sich das Petersberger Abkommen in der Rückschau als eine wichtige Etappe auf dem langen Weg der Bundesrepublik zur Gleichberechtigung und zur Integration in die westliche Völkerfamilie.

Adenauer ist sich ohnehin der Unterstützung des Bundestags und der Öffentlichkeit sicher. In der aufgeheizten innenpolitischen Atmosphäre jener Wochen kommt es jedoch 48 Stunden später, in der Nacht vom 24. zum 25. November 1949, im damals noch ganz jungen Bundestag zu einer der heftigsten Auseinandersetzungen in der Geschichte des deutschen Nachkriegsparlaments. Die SPD-Opposition, ohnehin gereizt durch Adenauers Vorgehen in der Sache, muß sich von ihm auch noch bescheinigen lassen, daß der DGB soeben in einer Verlautbarung seines Vorstands das Petersberger Abkommen grundsätzlich begrüßt hat. Inmitten tumultartiger Wortgefechte läßt sich Oppositionsführer Kurt Schumacher gegen drei Uhr morgens zu dem Zwischenruf hinreißen: „Der Bundeskanzler der Alliierten!“ - bis heute sicherlich die berühmteste Schmähung in den Annalen des Hohen Hauses. Nach dreistündiger Unterbrechung wird die Sitzung morgens um sechs fortgesetzt; Schumacher, der zunächst eine Entschuldigung verweigert, wird vom Präsidenten mit Zustimmung des Ältestenrats für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen. - Nach einem klärenden Gespräch zwischen Kanzler und Oppositionschef wird diese Strafe bald aufgehoben; bei den Zeitgenossen hinterlassen die Vorgänge indes einen tiefen Eindruck und gelten lange als Beleg dafür, daß im ersten Bundestag noch wirklich „Leben in der Bude“ war.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22**
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

## Sprengung der Reichstagskuppel

**A**m 22. November 1954 - heute vor 40 Jahren - wird die vom Einsturz bedrohte Kuppel über der Ruine des Reichstagsgebäudes in Berlin gesprengt. Es ist bereits der zweite Versuch - und diesmal gelingt es, die Träger der fast 400 Tonnen schweren Kuppel durchzuschmelzen: das Gewölbe stürzt in den darunterliegenden, ausgebrannten Plenarsaal.

Mit dieser spektakulären Aktion beginnen die jahrelangen Wiederaufbauarbeiten am Wallot'schen Prachtbau im Herzen Berlins, die am 11. November 1963 ein - vorläufiges - Ende finden: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier übernimmt den symbolischen Hausschlüssel, und noch am selben Tag tritt mit dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages zum ersten Mal seit gut 30 Jahren wieder ein parlamentarisches Gremium in den Mauern des Reichstags zusammen.

Seit seiner feierlichen Einweihung im Dezember 1894 steht der Reichstag immer wieder im Zentrum der deutschen Geschichte. Den Grundstein hat 1884 noch der alte Kaiser Wilhelm I. in Anwesenheit Bismarcks gelegt; den Schlußstein setzt am 5. Dezember 1894 sein unseliger Nach-Nachfolger Kaiser Wilhelm II. Am 4. August 1914, drei Tage nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, werden hier die Kriegskredite bewilligt. Am 9. November 1918 ruft der SPD-Abgeordnete Philipp Scheidemann von einem Fenster neben dem Westportal des Reichstags die Republik aus; als am Abend des 27. Februar 1933, genau vier Wochen nach Hitlers „Machtergreifung“, der Reichstag in Flammen steht, ist auch die Weimarer Republik zerstört: Die Nazis nutzen den Reichstagsbrand als Vorwand für die rücksichtslose Verfolgung innenpolitischer Gegner und als Signal für die Errichtung der totalitären Gewaltherrschaft. Am 2. Mai 1945 hissen Soldaten der siegreichen Sowjetunion die Rote Fahne über der völlig zerbombten und ausgebrannten Ruine.

In den ersten Nachkriegsjahren sieht der Platz vor dem Reichstag vor allem Demonstrationen; unvergeßlich der 9. September 1948, als Ernst Reuter auf dem Höhepunkt der Berliner Blockade vor mehreren Hunderttausend Berlinern ausruft: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt . . .“ Nach vielen Jahren, in denen der Reichstag nur noch aus Bonn „importierte“ Ausschuß- und Fraktionssitzungen gesehen hat, findet am 4. Oktober 1990 nach über 57 Jahren wieder eine ordentliche Sitzung eines freigewählten gesamtdeutschen Parlaments statt; die Worte über dem Westportal - „Dem deutschen Volke“ - haben endlich ihre volle Bedeutung zurückgewonnen.

Im Oktober 1991 beschließt der Ältestenrat, den Reichstag künftig als Plenarbau des Deutschen Bundestages zu nutzen. Die Vorbereitungen für die baulichen Umgestaltungen gemäß dem Entwurf des britischen Architekten Sir Norman Foster sind angelaufen, und wenn alles nach Plan geht, wird der Reichstag demnächst auch dort wieder eine Kuppel tragen, wo heute vor 40 Jahren die traurigen Überreste der alten Konstruktion in sich zusammengestürzt sind.

## Kohls Zehn-Punkte-Programm

**A**m 28. November 1989 - heute vor fünf Jahren - legt Bundeskanzler Helmut Kohl dem Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik vor. Eigentlich beginnt an diesem Tag die traditionelle Haushaltsdebatte; der Kanzler überrascht jedoch Parlament und Öffentlichkeit mit einem Stufenplan, der über Sofortmaßnahmen und eine „Vertragsgemeinschaft“ mit der DDR zu „konföderativen Strukturen“ führen soll, an deren Ende eine „Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland“ erreicht werden soll. Kohl betont die Notwendigkeit, den deutschen Einigungsprozeß in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubetten, nennt als Stichworte die Integration Europas, den KSZE-Prozeß, Abrüstung und Rüstungskontrolle und spricht ganz zum Schluß seiner Rede von der Wiedervereinigung; das politische Ziel seiner Regierung bleibe „die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“.

Im In- und Ausland herrscht Überraschung, ja Verblüffung; das internationale Echo auf den Plan ist - auch unter den Freuden und engsten Verbündeten - zunächst zurückhaltend und reserviert. Der Bundeskanzler hat jedoch nur das ausgesprochen, was in Regierungskanzleien und in der internationalen Presse längst diskutiert wird, die Frage nämlich, ob die friedliche Revolution in der DDR und die Öffnung der Mauer nicht über kurz oder lang ganz von selbst die Frage der deutschen Einheit auf die Tagesordnung setzen werden. Es ist Kohls Verdienst, mit dem Zehn-Punkte-Programm einer Öffentlichkeit, die angesichts der Flut der Ereignisse wie betäubt ist, eine klare Orientierung gegeben zu haben, ohne die künftige Entwicklung irgendwie in ein zeitliches Korsett zu zwängen.

Schon sehr bald zeigt sich, daß der deutsche Bundeskanzler mit dieser Rede programmatisch den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands bereitet hat. An diesem 28. November 1989 übernimmt Kohl in der deutschen Frage das Gesetz des Handelns, um es über alle dramatischen Ereignisse und internationalen Konferenzen der kommenden Monate hinweg bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 nicht mehr aus der Hand zu geben.

Denn das Tempo der Entwicklung nimmt auch weiterhin ständig zu; die politischen Ereignisse überholen regelmäßig alle Planungen; Termine sind - kaum beschlossen - schon wieder Makulatur. Doch seit dem Zehn-Punkte-Plan gibt es ein klares Ziel, hat der Gedanke der Einheit eine realistische Perspektive. In den folgenden Wochen und Monaten erweist sich sogar, daß Kohls Konzept von Ende November 1989 - ungeachtet aller anfänglichen Vorbehalte auch unter den Verbündeten - mit den sich überschlagenden Entwicklungen in Deutschland und im Ost-West-Verhältnis gerade noch Schritt halten kann.

## Abbau des letzten „Todesautomaten“

**A**m 30. November 1984 - heute vor zehn Jahren - baut die DDR die letzten Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze ab. Das Verschwinden der „Todesautomaten“, bis dahin eines der unheimlichsten und abstoßendsten Merkmale der sog. „Staatsgrenze der DDR“, ist im Oktober 1983 von der SED-Führung angekündigt worden. Zunächst die offizielle Bestätigung des Vorhandenseins und dann der Abbau dieser menschenverachtenden Anlagen steht in engem Zusammenhang mit den beiden Milliardenkrediten von 1983 und 1984, die mit Billigung der Bundesregierung von westdeutschen Banken an die chronisch devisenschwache DDR ausgereicht worden sind. Nicht zuletzt der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), der den ersten der beiden Kredite zur Verblüffung der Öffentlichkeit persönlich „eingefädelt“ hat, hat sich bei der DDR immer wieder für die Beseitigung der Selbstschußanlagen stark gemacht.

Bei beiden Bankkrediten für die DDR hat sich das von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bonner Kabinett aus CDU/CSU und FDP die Entscheidung nicht leicht gemacht; immer ist dies, wie bei den Häftlingsfreikäufen und Familienzusammenführungen auch, eine schwierige Abwägung zwischen menschlichen Erleichterungen und mehr Freizügigkeit auf der einen und einer äußerlichen Stabilisierung der SED-Herrschaft auf der anderen Seite. Auf dem humanitären Konto dieser Politik schlägt aber neben der Beseitigung der Todesautomaten auch eine stark wachsende Zahl menschlicher Begegnungen, eine verbesserte Abfertigung im innerdeutschen Reiseverkehr und vor allem eine ständige Zunahme der Besuche aus der DDR zu Buche. Das Bewußtsein für die Zusammengehörigkeit der Deutschen und für die fortbestehende Einheit der Nation zu stärken und der Grenze mitten durch Deutschland wenigstens die schlimmsten Schrecken zu nehmen - das steht für die Bundesregierung ganz oben auf der Tagesordnung ihrer Politik gegenüber dem SED-Regime.

Und obwohl sie dabei durchaus unkonventionelle Wege geht, wie die beiden Milliardenkredite beweisen, bleibt die Bonner Regierung in ihren Grundsätzen gegenüber der SED unnachgiebig - von dem Anspruch aller Deutschen auf Freiheit und Selbstbestimmung und vom Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes rückt die Regierung Kohl/Genscher nicht ab.

Heute - nur zehn Jahre nach dem Abbau des letzten „Todesautomaten“ mitten in Deutschland - mutet dieses Ereignis schon beinahe wie ein Vorgang aus fernen Zeiten an. Tatsächlich ist es aber Teil allerjüngster Vergangenheit im Zeichen von Diktatur, Willkür und Gewaltherrschaft über mehr als 17 Millionen Deutsche. Sich daran zu erinnern, mag hier und da auch im Jahr 5 der deutschen Einheit nützlich sein.